

Freddy CREMER (ProDG)

PDG, 25. September

Es gilt das gesprochene Wort!

Aussprache über die Regierungserklärung vom 18. September 2023

Lebensqualität erhalten und Zukunftsfähigkeit sichern

Sehr geehrter Herr Präsident,

werte Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Parlament

In jeder Legislaturperiode gibt es zwei Regierungserklärungen, die von besonderer Bedeutung sind.

Das ist die erste gemeinschaftspolitische Erklärung zu Beginn der Legislatur, in der die großen politischen Leitlinien der Koalition für die kommenden fünf Jahre präsentiert werden.

Und das ist natürlich die Regierungserklärung zu Beginn der letzten Sitzungsperiode, wenn knapp achteinhalb Monate vor dem Urnengang bereits so etwas wie Vorwahlkampfstimmung in der Luft liegt. Diese gemeinschaftspolitische Erklärung hat meist auch einen bilanzierenden Charakter.

Normalerweise haben eine Regierung und die sie tragende Mehrheit knapp fünf Jahre Zeit, um alle Reformvorhaben und Ziele zu verwirklichen, die man sich zu Beginn der Legislatur auf die politische Agenda gesetzt hatte.

Normalerweise ist das so. Aber in dieser Legislatur gab es kaum Zeit für Normalität und für Regierungsroutine. Internationale Krisen hat es auch in vergangenen Legislaturen gegeben. Ich denke beispielsweise an die im September 2008 ausgelöste internationale Finanzkrise, die auch in der DG zu einschneidenden Maßnahmen führte.

Doch nichts ist vergleichbar mit den Herausforderungen in der laufenden Legislatur. In dieser Legislatur war es die Summe der sich folgenden Krisen - die Covid-Pandemie, die Hochwasserkatastrophe, die Flüchtlingskrise infolge des Ukrainekriegs und die Wirtschaftskrise - die die Gemeinschaft bis an den Rand ihrer finanziellen Möglichkeiten brachte.

Obwohl die Regierung schnell und effizient auf alle Krisen mit umfangreichen Unterstützungsmaßnahmen reagiert hat, hat sie sich aber zu keinem Zeitpunkt in ein Krisenkorsett zwingen lassen.

Im Gegenteil, schon kurz nach Ausbruch der Covid-19-Krise hatte die Regierung erkannt, dass man nach überstandener Gesundheitskrise nicht einfach zum „Status quo ante“, zum „Zustand wie es vor der Krise war“ und zum „Business as usual“ zurückkehren konnte.

Wie in einem Brennglas hatte die Covid-19-Pandemie Strukturprobleme deutlich erkennen lassen und daraus galt es, die richtigen Lehren zu ziehen. Die Regierung erweiterte bereits im September 2020, also nur wenige Monate nach Ausbruch der Pandemie, das 2019 aufgelegte Regierungsprogramm um weitere 20 Zukunftsprojekte.

Zudem handelte sie antizyklisch und verzichtete bewusst auf einen rigiden Spar- oder Austeritätskurs, sondern präsentierte ein 600 Millionen starkes Investitionsprogramm mit dem Ziel, unsere Gemeinschaft krisenfester und resilienter zu machen. Es handelt sich allesamt um langfristige Investitionen in die Zukunft, die auch kommenden Generationen zugutekommen werden.

Dass dieses umfangreiche Reform- und Investitionsprogramm auf einer soliden finanziellen Basis steht, hat die Regierung in den vergangenen Haushaltsdebatten immer wieder dargelegt. Und darüber werden wir in knapp drei Monaten erneut an dieser Stelle im Rahmen der Haushaltsberatungen diskutieren. Dann wird sich auch zeigen, ob es der Regierung gelingen wird, für 2025 einen ausgeglichenen Haushalt der laufenden Ausgaben und für 2029 einen ausgeglichenen Haushalt nach den strengen Buchhaltungsnormen der EU zu präsentieren.

Darauf gehe ich jetzt nicht näher ein, dazu bleibt im dreitägigen Haushaltsmarathon ausreichend Zeit.

Das Regierungsprogramm präsentierte Ministerpräsident Paasch in 20 Punkten, die ich heute nicht wiederholen muss. Ich werde in meiner Stellungnahme lediglich auf einige politische Leitmotive dieses Programms eingehen. Meine Kollegin Lisa wird nach mir einige Schwerpunkte im Bereich der Bildungspolitik eingehender unter die Lupe nehmen.

Da die Deutschsprachige Gemeinschaft in einem Monat den 50. Geburtstag seiner Autonomie feiert, wird es keinen verwundern, wenn ich etwas näher auf die Bedeutung dieser Autonomie für die 79 000 Menschen, die in Ostbelgien leben, eingehe.

Autonomie mag für viele Bürger und Bürgerinnen immer noch ein abstrakter Begriff sein, dabei ist es im Kern etwas sehr Konkretes. Autonomie bedeutet nämlich, dass die Ostbelgier in den Zuständigkeitsbereichen, die uns seit 1973 übertragen wurden, selbst entscheiden können, wie sie das Zusammenleben in unserer Gemeinschaft gestalten wollen.

Autonomie ist etwas sehr Konkretes, ja etwas Haptisches, etwas Greifbares. Es sind im Wesentlichen die über 700 Dienstleitungen in deutscher Sprache, auf die die Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft tagtäglich zurückgreifen können. Dies ist heute für viele Ostbelgier so selbstverständlich, dass vielen gar nicht mehr bewusst ist, dass dies nur möglich wurde durch die stetige Erweiterung der Zuständigkeiten unserer Gemeinschaft, sei es in Folge von 6 Staatreformen, sei es durch die Übertragung von Zuständigkeiten von der Wallonischen Region an die Deutschsprachige Gemeinschaft.

Autonomie war zu keinem Zeitpunkt ein Selbstzweck und das wird auch in Zukunft nicht der Fall sein. Da muss Ecolo nicht mahnend den Zeigefinger heben. Wie viele andere habe auch ich an dieser Stelle immer wieder darauf hingewiesen, dass der Ausbau und die Verbesserung der Dienstleistungen für die Menschen in der Deutschsprachigen Gemeinschaft die einzigen Bewertungsmaßstäbe sind, an dem sich der Mehrwert der

Autonomie messen lassen muss. Nur darauf kommt es an. Ein Selbstzweck war die Autonomie zu keinem Zeitpunkt; sie war nie das Ziel, sondern immer nur Mittel zum Zweck.

Ich kann für ProDG sagen, dass wir keine „Autonomisten“ aus ideologischen Erwägungen sind. Wir sind „überzeugte“ Autonomiebefürworter, weil wir vom Subsidiaritätsprinzip überzeugt sind und weil wir Vertrauen in die politische Gestaltungskraft der Menschen und der Organisationen in unserer Gemeinschaft haben.

Wir müssen heute und in Zukunft das gesamte Instrumentarium an Zuständigkeiten, die in 50 Jahren dynamischer Autonomieentwicklung an die Deutschsprachige Gemeinschaft übertragen wurden, bestmöglich nutzen, um die Lebensqualität der Menschen in unserer Gemeinschaft nachhaltig zu verbessern.

Und dies sollte auch der einzige Leitgedanke sein, wenn unser Parlament wie bereits 2011 und 2019 in den kommenden Wochen und Monaten über den weiteren Autonomieausbau beraten wird. Diese Grundsatzerklärung und diese drei Resolutionen haben nichts von ihrer Aktualität eingebüßt.

Inzwischen haben im zuständigen PDG-Fachausschuss die Beratungen über eine Resolution an die Adresse der Wallonischen Region hinsichtlich der Übertragung weiterer Zuständigkeiten von der Wallonischen Region an die DG begonnen und ich bin gespannt auf die Positionierungen der einzelnen Fraktionen.

Wenn wir die Übertragung weiterer regionaler Befugnisse fordern, hat dies nichts mit Autonomie-Hybris zu tun. Diese Forderung resultiert einzig aus der doppelten Erkenntnis, dass wir 1. ganz im Sinne der Subsidiarität davon überzeugt sind, diese Zuständigkeiten vor Ort besser verwalten zu können, als dies eine Behörde in Namur für uns tun kann und 2. dass durch die Übertragung weiterer regionaler Zuständigkeiten - beispielsweise im Bereich der ländlichen Erneuerung und des Umweltschutzes - homogenere und effizientere Zuständigkeitspakete geschaffen werden und dadurch Reibungsverluste zwischen den Entscheidungsebenen aufgehoben werden.

Denn eine 7. Staatsreform, die die Modernisierung der Staatsstrukturen als wesentlichstes Ziel hat, wird mit Sicherheit kommen. Dies ist das beste Mittel, um all denjenigen den Wind aus den Segeln zu nehmen, die immer wieder behaupten, dass dieser Staat keine Zukunft habe und ein Beispiel von Ineffizienz sei. Die Deutschsprachige Gemeinschaft gibt aber in dieser Frage nicht den Takt vor. Nichtsdestotrotz müssen wir immer bereit sein, zum richtigen Zeitpunkt an der richtigen Stelle unsere Forderungen vorzubringen; dann beispielsweise, wenn die Liste der zur Revision freigegebenen Verfassungsartikel festgelegt wird.

Die eben erwähnten Krisen waren in gewisser Weise die Nagelprobe dieser Autonomie. Nur dank der weitreichenden Befugnisse war ein so effizientes Krisenmanagement möglich und konnten so umfangreiche Hilfsmaßnahmen auf den Weg gebracht werden.

Und das gilt sicher auch für die größte Herausforderung: die Folgen des Klimawandels. Zurecht hat der Ministerpräsident dies zu einem Schwerpunkt seiner Regierungserklärung gemacht. Und es bleibt keineswegs bei unverbindlichen Ankündigungen. 181 Millionen werden in den Klimaschutz investiert; seitdem wir vor dreieinhalb Jahren für die Energieprämien zuständig wurden, sind die Anträge exponentiell in die Höhe geschneit; die

Antragsprozeduren wurden entbürokratisiert und die Mittel von 500 000 Euro auf mittlerweile 4 Millionen Euro pro Jahr erhöht.

In Kooperation mit den Gemeinden wird der Integrierte Energie- und Klimaplan systematisch umgesetzt und bei von der Gemeinschaft geförderten Infrastrukturprojekten werden höchste Energiestandards gefordert.

Diese Priorisierung begrüßt die ProDG-Fraktion ausdrücklich. Und gerade mittels der uns zum 1. Januar 2020 übertragenen Zuständigkeiten Raumordnung, Wohnungswesen und Energieprämien wird die Regierung weitere entscheidende Akzente im Kampf gegen den anthropogen verursachten Klimawandel setzen.

In einer weiteren Überlegung möchte ich kurz darlegen, wie diese Mehrheit und diese Regierung Politikgestaltung verstehen. Sie verstehen dies als Bottom-up und keineswegs als Top-down-Prozess. Was bedeutet das jetzt konkret?

Wer Zukunft gestalten will, darf nicht in Sitzungsperioden denken, auch nicht in Legislaturperioden; nachhaltige Politikgestaltung bedarf legislaturübergreifender Konzepte und Projekte. Diese können nicht von einer Regierung oktroyiert oder diktiert werden. Die Entwicklung solcher strategischer regionaler Entwicklungsperspektiven bedarf der aktiven Mitwirkung vieler Akteure. Dieser partizipative Ansatz ist eine wichtige Gelingensbedingung. Nur wenn möglichst viele Bürger und Bürgerinnen an solchen Prozessen von Anfang an beteiligt werden, ist die Gewähr gegeben, dass diese Zielvorgaben auch umgesetzt werden.

Dies war der Fall als die erste Entwicklungsstrategie mit dem Titel „Ostbelgien leben 2025“ erarbeitet und umgesetzt wurde, dies ist auch aktuell der Fall bei der Ausarbeitung einer Folgestrategie mit dem Zielhorizont 2040.

Dieser breite Beteiligungsansatz ist nicht neu. Er besteht auch schon seit vielen Jahrzehnten bei der Erarbeitung von Dekreten in allen Zuständigkeitsbereichen; es wird breit mit allen Akteuren beraten. Beispielhaft nenne ich nur die Vorgehensweise, wenn es aktuell darum geht, langfristige Perspektiven im Bereich Raumordnung, Wohnungsbau oder im Bildungswesen zu entwickeln.

Ergänzt wird diese Beteiligungskultur noch durch den seit 2019 dekretal verankerten Bürgerdialog. Bislang haben sich 5 Bürgerversammlungen mit den Themen Pflege, Inklusion, Wohnen, digitale Fähigkeiten und Integration befasst.

Diese dialogische und partizipative Politikgestaltung ist nach meinem Ermessen ein Alleinstellungsmerkmal der Deutschsprachigen Gemeinschaft. Die Kleinheit der DG bietet sicher nicht nur Vorteile, aber wenn es um Beteiligungsformen bei der konkreten Politik- und Autonomiegestaltung geht, dann ist dies mit Sicherheit eine wichtige Trumpfkarte.

Diese Methode ist auch ein Garant dafür, dass Politik sich an den realen Bedarfen der Bevölkerung orientiert.

Diese Form der Politikgestaltung ist m.M.n. der beste Garant gegen eine zu „invasive“ Politik seitens der Gemeinschaft. Es sind die Feldakteure, die sagen, wo der Schuh drückt und gemeinsam mit diesen Akteuren – und nicht über die Köpfe dieser Akteure hinweg – werden die besten Lösungen erarbeitet.

Schon 2019 sagte Ministerpräsident Paasch, dass es der Regierung darum gehe, die Eigenverantwortung der Menschen zu stärken. Noch deutlicher wurde er vergangene Woche, als er an dieser Stelle sagte, dass wir „kein von der Politik verordnetes Programm wollen. Wir wollen den Menschen nicht vorschreiben, wie sie 2040 zu leben haben.“ (Seite 22)

Eine weitere Voraussetzung oder Gelingensbedingung für partizipative Politik ist der Abbau von Bürokratie überall dort, wo es möglich ist. Das neu eingeführte Stipendiensystem, das vereinfachte Antragssystem für Energieprämien, die Reform der Gemeinde- und Straßenbaudotationen und das neue System der Vermittlung von Arbeitsuchenden sind nur einige Beispiele für die Vereinfachung administrativer Abläufe.

Will man das Ehrenamt, das für den gesellschaftlichen Zusammenhalt von unschätzbbarer Bedeutung ist, weiter stärken, dürfen den etwa 30 000 Menschen, die in unserer Gemeinschaft ehrenamtlich tätig sind, keine bürokratischen Steine in den Weg gelegt werden. Nichts ver- und behindert das freiwillige Engagement mehr als unnötige bürokratische Barrieren.

Von essenzieller Bedeutung ist die Handlungssache Gemeinschaft und die 9 Gemeinden. Ich erlaube mir einen kurzen Satz aus der Regierungserklärung von 2019 zu zitieren: „Die Gemeinden sind ohnehin unsere wichtigsten Verbündeten, wenn es darum geht – und darum sollte es uns immer gehen – die Lebensqualität der Menschen in Ostbelgien zu verbessern.“ (Seite 8)

Diese Kooperation ist aber kein Selbstläufer; es können durchaus Friktionen bei der konkreten Gestaltung dieser Zusammenarbeit entstehen. Vor Beginn der parlamentarischen Sommerpause hatte es einen strukturierten Austausch zwischen Delegationen des Parlaments und Vertretern der neun Gemeinden und ÖSHZ gegeben. Auch wenn die Zusammenarbeit mit der Regierung, dem Ministerium und unserem Parlament im Allgemeinen als positiv bewertet wurde, gab es aber durchaus auch kritische Hinweise: beispielsweise wenn Gemeindevertreter auf eine latente Einschränkung der Gemeindeautonomie, einen manchmal fehlenden Dialog auf Augenhöhe zwischen Regierung und Gemeindeverantwortlichen, eine unzureichende Berücksichtigung der besonderen personellen Situation jeder Einzelgemeinde und eine nicht immer deutliche Aufgabenteilung zwischen DG und lokalen Behörden hinwiesen.

Diese Hinweise dürfen weder von der Regierung noch vom Parlament unter den Teppich gekehrt werden. Im Gegenteil, wir müssen diese ernst nehmen und im Gespräch mit den kommunalen Verantwortlichen nach Lösungen suchen. Damit sollte m.M.n. noch in dieser Sitzungsperiode begonnen werden. Auch sollte es in Zukunft eine noch systematischere Zusammenarbeit zwischen unserem Parlament und den lokalen Behörden geben. Diese Zusammenarbeit sollte sich keineswegs nur auf Anhörungen im Rahmen der Behandlung von Dekretvorlagen beschränken. Ich bin davon überzeugt, dass ein regelmäßiger Austausch zwischen PDG und Gemeinderäten und ÖSHZ dazu beitragen wird, dass 1. viele Missverständnisse erst gar nicht entstehen würden und 2. es für unsere parlamentarische Arbeit mit Sicherheit eine echte Bereicherung wäre. Neben dem strukturierten Bürgerdialog wären regelmäßige Treffen mit den gewählten Gemeindevertretern ein weiterer Mosaikstein im ostbelgischen Demokratiemodell.

Daran geht m.E. kein Weg vorbei, denn ich bin zutiefst davon überzeugt, dass aufgrund unserer Kleinheit eine reibungslose Zusammenarbeit auf Augenhöhe zwischen diesen beiden Entscheidungsebenen unerlässlich ist. Damit dies gelingt, müssen nicht zuletzt in jedem Bereich die Aufgaben zwischen diesen beiden Ebenen haargenau geklärt sein.

Abschließend ein kurzes Wort zum Fachkräfte- oder Arbeitskräftemangel. Die Problematik ist allen bestens bekannt, auch Maßnahmen wie das Fachkräftebündnis, das neue Stipendiensystem und das neue Berufsorientierungsverfahren muss ich nicht näher erläutern. Ich möchte nur kurz auf das Standortmarketing eingehen.

Dem Fach- und Arbeitskräftemangel kann man nur begegnen, indem man zusätzlich zu einer verbesserten Vermittlung von Arbeitsuchenden einerseits alle Maßnahmen ergreift, um der Abwanderung (Brain drain) von Arbeitskräften entgegenzuwirken und andererseits alle Register zieht, um die Zuwanderung (Brain gain) von Fachkräften zu fördern. Die Verhinderung der Abwanderung des hiesigen Humankapitals und die Förderung und Erleichterung der Zuwanderung auswärtiger Arbeitskräfte sind die zwei großen Handlungsachsen im Kampf gegen den Fachkräftemangel.

Und hier kommt das Standortmarketing ins Spiel.

Ich erinnere mich noch gut daran, als vor einigen Jahre die Standortmarketing-Strategie ins Leben gerufen wurde und diese Initiative von der Opposition mit Argusaugen beobachtet wurde.

Ich bin davon überzeugt, dass dieses Standortmarketing inzwischen zu einem wichtigen Faktor geworden ist, um junge Menschen an den Standort Ostbelgien zu binden und neue Arbeitskräfte aus dem In- und Ausland anzulocken.

Ausdrücklich begrüße ich die Regierungsinitiative, mit deutschen Einrichtungen zu kooperieren, wenn es darum geht, ausländische Fachkräfte – und dabei muss man über den europäischen Tellerrand hinausschauen – anzuwerben und ab 2024 einen Welcome Service Ostbelgien als Anlaufstelle für auswärtige Fachkräfte einzurichten.

Werte Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir am Ende meiner Stellungnahme einen Vergleich dieser Legislatur mit einem Mittelstreckenlauf. Wir sind in der letzten Runde. Aber weder die Regierung noch die sie tragende Koalition pfeifen aus dem letzten Loch oder sind am Ende ihrer Kräfte; im Gegenteil, wir werden auf der Zielgerade noch einen deutlichen Zacken zulegen und zu einem fulminanten Endspurt ansetzen.

Freddy CREMER (ProDG)

PDG, 25. September 2023